

21.01.2022

Althusmann fordert mehr Bundesgelder für Niedersachsens Wasserstoff-Pipelines Nordseehäfen deutschlandweit für Wasserstoff-Import entscheidend

Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) kritisiert die geplante Kofinanzierung des Bundes in Höhe von 70 Prozent für Wasserstoffprojekte als zu gering. „Gerade mit Blick auf die geplanten Wasserstoff-Pipelines sollte der Bund ein Zeichen setzen und einen höheren Beitrag leisten“, fordert Althusmann gegenüber dem Politikjournal „Rundblick“. Der geplante Eigenanteil der Länder von 30 Prozent sei Niedersachsen nicht zuzumuten, zumal von den Investitionen in Transportinfrastruktur am Ende viele andere Bundesländer profitierten.

Althusmann ist überzeugt, dass Niedersachsen „Wasserstoffland Nummer eins“ werden könne und Wilhelmshaven „eine zentrale Rolle beim Wasserstoff-Import über die Nordseehäfen“ spielen werde. Insbesondere für die Umrüstung von Erdgas-Pipelines zu Wasserstoff-Pipelines, beim Bau von Elektrolysevorrichtungen sowie bei der Anpassung von Kavernenspeichern schlägt der niedersächsische Wirtschaftsminister eine höhere Bundesfinanzierung als die bisher vorgesehenen 70 Prozent vor.

Der Bund teilt die Investitionen ein, die Kofinanzierung belasten die Etats der Bundesländer. Nach Angaben des niedersächsischen Politikjournals „Rundblick“ sind viele der für Niedersachsen konkreten Projekte offenbar noch nicht oder nur anteilig im Landesetat verankert.

Für das wachsende Wasserstoffnetzwerk Nordostniedersachsen (H2.N.O.N.) verdeutlicht der Vorstoß des niedersächsischen Wirtschaftsministers die Bedeutung der Region für den nationalen Weg in eine klimafreundlichere Zukunft. Unterstrichen wird das Potenzial Niedersachsens durch das europäische Wasserstoff-Konzept IPCEI (Important Projects of Common European Interest): 16 der insgesamt 62 Projekte in Europa berühren Niedersachsen ganz oder teilweise.

Im Netzwerk H2.N.O.N. haben sich bereits mehr als einhundert Hersteller, Dienstleister, Anwender und Forschungseinrichtungen aus dem nordöstlichen Niedersachsen zusammengeschlossen, um mit grünem Wasserstoff den CO₂-Ausstoß im Verkehr, der Stromerzeugung und der Landwirtschaft zu senken.